

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vtergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg. auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 237.

Dienstag, den 10. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das kommende Geschlecht.

Man mag vielleicht darüber streiten, ob die Anstellung von Schulärzten bisher ihren Zweck voll erfüllt hat — soviel steht unbestreitbar fest, daß erst durch die Tätigkeit der Schulärzte im größeren Umfange Klarheit geschaffen worden ist über die gesundheitsliche Beschaffenheit unserer Schuljugend. Die schulärztlichen Berichte haben durchgängig konstatiert, daß es um die Gesundheit der proletarischen Jugend über alle Begriffe schlecht bestellt ist, daß das kommende Geschlecht an Lebensfähigkeit und Lebenskraft außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt. Die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaftsordnung mit ihrer Lohnsklaverei, Ausbeutung und Wucherpolitik bewirkten sozialen Verelendung, die die Armut, den Hunger, die Verelendung und die Degeneration zur Massenerscheinung gemacht hat, schlägt auch den Nachwuchs der Erben, die Jugend des Proletariats mit der furchtbaren Geißel des gesundheitlichen Ruins. Aus der überreichen Menge des von Schulärzten zusammengetragenen Materials seien einige Ausgaben zur Beleuchtung des körperlichen Elends unserer Schuljugend hier angeführt.

In Dresden erwiesen sich von 5095 untersuchten Kindern 50,5 Proz. als krank, darunter waren 19,3 Proz. Blutartern und Schwächliche, 16 Proz. waren mit Mund- und Nasenkrankheiten, 9 Proz. mit Drüsenanschwellungen behaftet, 12,4 Proz. litten an Krankheiten des Knochenapparates, besonders Rachitis, 6,3 Proz. wiesen Sprachstörungen auf und 3,8 Proz. waren geistig schwach.

In Stuttgart stellte der Stadtarzt Dr. Gasparr fest, daß von 10 100 Kindern nur 15,7 Proz. als normal zu bezeichnen waren. Selbst wenn man die mit Rachitis oder Ungeziefer behafteten Kinder als gesund gelten ließ, blieben noch immer 67,4 Proz., die an irgend einer Krankheit litten. Bei 44,2 Proz. wurde Rachitis, bei 18,9 Proz. mangelhafter Ernährungszustand festgestellt. Die Zahl der mit Ungeziefer behafteten Kindern stieg von 18,9 Proz. in manchen Schulen bis zu 33,5 Proz. In den fünf oberen Klassen waren 2028 Kinder erwerbstätig, außerdem wurden noch etwa 4000 Kinder im Haushalt der Eltern beschäftigt. In diesen Zuständen dürfte die Hauptursache der meisten Krankheiten und Gebrechen zu suchen sein.

In Wiesbaden, dem Eldorado der Hochfinanz und der Aristokratie, waren von 883 Schulneulingen nicht weniger als 583 mehr oder minder krank, in einem anderen Jahre von 985 sogar 748, das sind 76 Proz., während in den Mittelschulen „nur“ 42,3 Proz. als krank zu verzeichnen waren. Als körperlich mangelhaft entwickelt wurden bei den Mittelschülern 2,4 Proz., bei den Volksschülern 5,6 Proz. der Kinder befunden.

In Offenbach war von 2116 untersuchten Kindern bei 37 Proz. der Ernährungszustand nicht befriedigend, sie zeichneten sich durch allgemeine körperliche Schwäche, Magerkeit, schlaffe Muskulatur, blaße Gesichtsfarbe und schmalen Wuchs aus. Von den übrigen aus. 7,7 Proz. waren mund- oder nasenkrank, 3,1 Proz. augenleidend, 4,2 Proz. geistig schwach.

Auf dem ersten Tuberkulose-Kongress in Berlin erklärte Dr. Ritter-Berlin, er habe durch eingehende Studien festgestellt, daß in Berlin 90 Proz. aller Kinder kropfkränkt seien. Gleichzeitig bestätigte er die Mitteilung, die Dr. Petruschki in Danzig unter großer Bewegung der Versammlung gemacht hatte, nämlich, daß nach seinen Untersuchungsresultaten 85 Proz. aller Kinder als mit den Keimen tuberkulöser Erkrankungen behaftet angesehen werden müßten. Auch von anderen Ärzten sind die furchtbaren Konstatierungen ganz oder teilweise bestätigt worden. In Radebeul bei Dresden waren von 200 schulärztlich untersuchten Kindern 185 mit Kropfkränkung, 160 mit Zahnhäule, 62 mit Kurzsichtigkeit, 18 mit Nasenpolypen, 12 mit Mandelentzündungen, 12 mit Schwerhörigkeit usw. behaftet, in Schöneberg bei Berlin konnte von 1555 Kindern kaum ein einziges als völlig gesund bezeichnet werden, in Rathenow stellte der Schularzt bei 57 von 136 Kindern tuberkulöse Erkrankungen fest, in Arnstadt waren 40 Proz. der Schülerinnen krank, was selbst den Arzt überraschte. Augenkrank oder kurzsichtig waren 110, ohrenleidend 65, nasenkrank 22, hergelenkend 27, mit Krankheiten der Luftwege behaftet 31, magen- und darmkrank 14, nervenleidend 44, knochen- und gelenkrank 19, blutschüchtern, kropfkränkt und rhythmisch 80, mit Sprachfehlern behaftet 17, allgemein körperlich schwach 8, an Krankheiten der Hypophysenleidend 14. Und diese Kranken, schwachen, fischen Mädchen sollen das zukünftige Geschlecht zur Welt bringen!

In Berlin konnten von den Schulärzten bisher nur etwa 44 Proz. der untersuchten Kinder als gesund bezeichnet werden. Alljährlich macht sich die Zurückweisung von 10 bis 12 Proz. der Schulneulinge wegen zu schwächlicher Körperkonstitution nötig.

In der Provinz Sachsen gibt es nach einer Statistik des Samariterhauses in Crottau bei Magdeburg unter 2,8 Millionen Einwohner 1512 verkrüppelte Kinder unter

14 Jahren. In der Rheinprovinz reisten nach Angaben des Pfarrers Hohl vom Kreuznacher Diakonissenhaus mehr als 49 000 Krüppel ihr elendes Dasein, 5865 von ihnen haben keinen Schulunterricht genossen. Daß sich das Meer der Krüppel in der Hauptsache aus dem Proletariat rekrutiert, lehrt die Tatsache, daß sich unter den erwöhnten 1512 Krüppelkindern nur 88 aus bemittelten Familien befanden. Ursache der körperlichen Verunstaltung war in den meisten Fällen Krankheit und mangelhafte Pflege.

Ohrenleidend erwiesen sich in München von 2000 Kindern 20 Proz., in G. Wartenberg von 700 Kindern über 100, in Plauen i. V. 27 Proz. aller Hilfschulbesucher, in Berlin 35 Proz., im Preßler Marburg 2142 von 7537.

In Radebeul waren von 251 taubstummen Kindern nur 145 (57,5 Proz.) einem Arzte vorgestellt worden, obwohl bei zwei Dritteln die Möglichkeit einer Heilung oder Milderung des Leidens bestand.

In Straßburg i. E. wurde festgestellt, daß von 10 661 untersuchten Kindern nur 165 ein gutes Gehör hatten. 252 552 Bähne hätten vorhanden sein müssen, aber nur 673 Bähne waren vorhanden und davon waren nur 48 Proz. gesund. Die Bähnpflege liegt, wie umfangreiche Statistiken beweisen, allgemein sehr im argen, dabei bilden fast alle Bähne im Kindesalter eine Hauptintrittspforte für den Tuberkelbazillus. Es entstehen hierbei die sog. kroupösen Halslymphdrüsen, die bei 90 Proz. der Berliner und bei 85 Proz. der Danziger Gemeindegymnasien vorgefunden worden sind.

Alle diese Angaben, mit denen keineswegs das zu Gebote stehende Material erschöpft ist, beweisen, daß der Gesundheitszustand unserer Jugend ein grauenhaftes, erschreckendes Bild darbietet. Es gibt keine Sühne, die groß genug wäre, um die Sünden und Frevel wieder gut zu machen, die unsere herrschende Gesellschaft nicht nur dem gegenwärtigen, nein auch dem kommenden Geschlecht gegenüber bisher verübt hat und noch tagtäglich verübt.

Für Besserung des furchtbaren Zustandes könnte unsere Schulerziehung mancherlei beitragen, wenn sie den Forderungen der Hygiene und den Ergebnissen der experimentellen Forschung entsprechend gestaltet wäre. Aber dies ist leider nicht der Fall. Sie weist eine unendliche Menge von Mängeln und Unzulänglichkeiten auf, die schwere Schädigungen der Gesundheit unserer Kinder zur Folge haben. Anstatt den Leib zu erziehen, den Körper zu stärken, das Kind zur Kraft, Gesundheit, Gewandtheit und Schönheit zu führen, macht die Schule durch ihre unverantwortliche Lehrmethode und ihre überlebte Organisation des Unterrichtsbetriebs die Kinder noch kränker, als sie ohnehin schon sind. Tatsachen beweisen.

Dr. Jappert in Wien untersuchte während dreier Jahrgänge 1399 Knaben und 1041 Mädchen und machte dabei die Erfahrung, daß in den ersten beiden Schuljahren die Erkrankungen der Atmungsorgane eine große Höhe erreichten, in den nächsten beiden etwas abnehmen, in den darauf folgenden beiden am niedrigsten sind, um dann in den letzten zwei Jahren wieder aufzusteigen. Mädchen erkrankten häufiger als Knaben. Jappert sieht als die wesentlichsten Ursachen dafür, daß die jüngeren Schulkinder vor allem erkranken, den Schulbeginn in früher Morgenstunde, den Zwang, bei jeder Witterung auf die Straße zu gehen, den starken Temperaturwechsel zwischen Schulstube und Aufenthalt im Freien und den Staub in den Klassenzimmern an. Der Anstieg von Lungenerkrankungen in den letzten beiden Schuljahren ist besonders ernst zu nehmen, da einem nicht geringen Teile der Erkrankten die Lungentuberkulose droht.

Der schwedische Physiologe Axel Key untersuchte 11 000 Schüler auf sog. Schulkrankheiten: Nervosität, Kopfschmerz, Gleichgültigkeit u. dergl. Dabei ergab sich: Vom Schluß des ersten bis zum Schluß des zweiten Schuljahres verdoppelt sich die Zahl der schulkranken Kinder. Das erste Schuljahr weist 17,6 Proz., das oberste bis 50 Proz. schulkranke Kinder auf. In Dänemark wurden ähnliche Resultate gefunden.

In Halle fand der Schularzt Dr. Schmidt-Monard bei der Untersuchung von 8000 Kindern, daß die Schulkrankheiten 30 Proz. Knaben und 40 Proz. Mädchen im Alter von 11 bis 13 Jahren, aber 60 bis 70 Proz. der Schüler im Alter von 16 bis 17 Jahren ergriffen hatten. In den ersten drei Monaten des Schulbesuchs nahm das Gewicht der Volksschülerinnen um 1 1/2 Pfund ab, und im 7. Lebensjahre, also im ersten Schuljahr, nahm das Gewicht der Kinder, die eine Schule besuchten, um 1 Kilo weniger zu als das der gleichaltrigen Kinder, die nicht Schüler waren, und das Längenmaß jener blieb um 21 Centimeter hinter dem der Nichtschüler zurück.

In Dresden stellte der Lehrer Graupner fest, daß die einmal Sitzengebliebenen um ein, die zweimal Sitzengelassenen um zwei Jahreswachstum zurückgeblieben waren, wie denn auch die Entwicklungsdifferenz zwischen Kindern aus ärmeren und aus wohlhabenden Familien ein bis zwei Jahreswachstum betrug.

Prof. Axel Hertel konstatierte bei Sechsjährigen nach

dem Eintritt in die Schule ganz erhebliche Beeinträchtigung der Atmung, des Blutkreislaufs und des Stoffwechsels. Nach Axel Key steigern sich Nervosität und Kopfschmerz vom ersten zum zweiten Schuljahr um das Siebenfache, was auf eine widernatürliche geistige Betätigung hinweist.

Die Krümmung der Brust, eine Folge des langen Sitzens auf Schulbänken im frühen Kindesalter, findet sich nach dem übereinstimmenden Zeugnis aller Schulärzte bei mindestens 60 Proz. aller Schulkinder. Prof. Dr. Voreng, Prof. Dr. Hoffe, Dr. Schultheiß u. a. bezeichnen sie als Schulkrankheit, welche sofort verschwinden würde, wenn sich die Schule einer naturgemäßen Unterrichtsmethode bediente.

Daß die heutige Schule besonders auch Kurzsichtigkeit und Augenleiden hervorruft, hat Prof. Schön vor einem Menschenalter nachgewiesen. Dr. Schmidt-Monard fand in den erweiterten Volksschulen in Halle zu Anfang 0,5 bis 1,5 Proz. Brillenträgernde Kinder, im 11. Jahre schon 4,5 Proz. und im 14. Jahre bei Knaben 4,7, bei Mädchen 3,6 Proz. Auf den höheren Mädchenschulen stieg die Zahl bis zu 13,3 Prozent, auf den Knabenschulen sogar bis zu 4,3 Prozent.

Statistische Erhebungen über die Verbreitung des Stotterns haben ergeben, daß auf das Alter von 6 bis 7 Jahren 6 Prozent, auf das von 7 bis 8 schon 10 Proz., auf das von 11 bis 12 bereits 15 Prozent Stotterer entfallen und daß die Ursachen dieser rapiden Zunahme auf unsern Schulunterricht zurückzuführen sind.

So arbeiten soziales Elend und verfehlter Schulbetrieb mit vereinten Kräften an der Verwüstung der Gesundheit und Lebensfähigkeit des künftigen Geschlechts. Mit kleinen Schulreformen wird dem Uebel ebensowenig gesteuert wie mit den Quacksalbereien der bürgerlichen Sozialreform. Hier ist ganze, durchgreifende Arbeit notwendig, denn das Uebel sitzt im innersten Mark; nur die Schaffung neuer Verhältnisse von Grund aus kann den erforderlichen Heilungsprozeß bewirken. Die Verkümmern der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation wird nicht nur eine Verkümmern der Seele aller Leiden und Noth des Volkes bedeuten, sie wird auch der Beginn einer neuen Schule, einer neuen Erziehung sein, die den Menschen zu Gesundheit, Kraft und Schönheit des Körpers wie des Geistes erheben wird. O. R.

Politische Meinungen.

Wahlkampf.

Es gibt keine Fleischnot. Herr von Bobelski sagt es, und seine Schüler, die Agrarier, wiederholen es alle Tage. Auf eine Anfrage aus Stettin hat der bekannte Oekonomierat Bing geantwortet: „Es ist geradezu lächerlich, wenn man in Pommeren von einer Fleischnot reden will, da gerade aus Pommeren die größten Mengen nach aller Welt gefordert werden. Wenn ein Vieh- oder Fleischmangel in Stettin ist, so liegt es lediglich an der Unbilligkeit der Händler oder Schlächter. Wir könnten Stettin mit Schlachtabvieh zu schütten, oder aber wenigstens den Händlern oder Schlächtern nachweisen, wo sie solches kaufen können. Das würde aber gar keinen Zweck haben, da die Leute das besser wissen als wir.“ — Auf dieses Schreiben antwortete die „Offener Zeitung“: „Wohl an, schütten er, aber zu Preisen, welche die Stettiner Bevölkerung zu zahlen in der Lage ist! Wenn ihm das gelingt, so garantieren wir, daß ihm die Stettiner Fleischer auf dem Schlachthofe eine Ehrensäule errichten und sein Konterfei in Del in ihren Innungsfäden aufhängen. Aber er wird nicht schütten, ebenso wenig wie Groß-Schwerin Böhm seine Behauptung von dem „Ringe“ der Viehkommissionäre und Viehhändler durch Tatsachen erhärten hat. Man schützt Behauptungen in die Welt und den Beweis bleibt man schuldig, schade nur, daß mit Behauptungen der Fleischnot leider nicht beizukommen ist!“

Eine erste Post in zweiter aber nicht verbesserter Auflage. Der blut- und schmutztrübende Herrscher aller Reußen, dessen Hände noch rauchen von dem in Pfaffen, wie in Polen, Litauen und den Straßen Petersburgs von ihm rucklos vergossenen Blut Hunderttausender, befiel die Stirn, die Welt zu einer neuen — Friedenskonferenz einzuladen, die wieder im Haag stattfinden soll. Natürlich werden hinter den gerade in diesem Augenblick und in diesem Stunde zehnfach widerwärtigen Phrasen vom Weltfrieden wohlüberlegte Pläne der russischen Diplomatie. Die Mächte sind zurzeit dabei, das Programm der Konferenz auszuarbeiten, als deren stimmungsvolles Proöidium die große deutsche Flottenvorlage anzusehen ist, die dem Reichstag diesen Winter beschäftigen wird.

Schnelle Justiz. Wie englische Blätter aus Kapstadt melden, haben die deutschen Behörden einen Buren, der auf seinen der ausländischen Eingeborenen Kämpfe, gefangen genommen, vor ein Kriegsgericht gestellt und nach zwei Stunden erschossen. — In solchen Dingen arbeiten die deutschen Behörden und Gerichte mit einer erstaunlichen Schnelligkeit.

Für eine Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages tritt die „Deutsche Tagesztg.“ ein. Wir sind gewiss die letzten, die bei den letzten Kämpfen verurteilte Geschäftsordnung verteidigen wollten. Aber die „Deutsche Tagesztg.“ ist anscheinend weit davon entfernt, die neue Geschäftsordnung zu bekämpfen; sie möchte sie womöglich noch verschärfen. Es klingt ja sehr ungeschicklich, daß das reaktionäre Agrarblatt davon spricht, die Geschäftsordnung zu ändern, um die Geschäfte zu fördern und die Arbeitskraft des Reichstages zu misshandeln. Wenn ein Bündlerblatt in dieser Weise Interesse für den Reichstag bekundet, kann man sicher sein, daß irgend eine Schleichaktion dahintersteckt. Die Geschäftsliste des Reichstages ließen sich bei spielsweise auch dadurch beschleunigen, wenn man die Freiheit der Rede und Kritik die glücklicherweise dort noch herrscht, aufhebe oder beschränke. Und auf eine solche Maßnahme steht das Organ der extremsten Agrarier und Reaktionäre bei seinen Rufen nach einer Reform der Reichstagsgeschäftsordnung wohl auch ab. Es erscheint daher angebracht, auf der Hut zu sein, daß das bischen Parlamentarismus in Deutschland nicht noch mehr verpfändet werde.

Als Verfasser der bekannten Kolonialartikel in der „Köln. Volksztg.“ nennt sich in einer Erklärung der Reichstagsabgeordnete Erzberger. Ob seine Angaben richtig oder unrichtig seien, könne erst bei Vorlage aller Schriftstücke im Reichstage entschieden werden.

Eine künftige Frage. Die „Frankf. Zeitung“ erinnert die „Nordd. Allg. Ztg.“ daran, daß sie, die Dementillustige, noch immer keine Antwort gefunden hat auf den vor Wochen erhobenen und ziemlich eingehend motivierten Vorwurf, daß die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes der Militär- ausstattungsfirma v. Toppelschütz u. Ko. mit dem weiland Teilhaber v. Pöblich trotz höchster Preise ein eigenartiges Lieferungsmonopol eingeräumt habe. Ob das Regierungsbüro darauf eine Antwort findet?

Christliche Schwindler. In einer Auseinandersetzung mit der übrigen bürgerlichen, insbesondere der liberalen Presse, stellt die „Germania“ aufs neue die Behauptung auf, es seien Gelder, die für die Ruhrbergleute bestimmt waren, nach Rußland gegeben worden. Das ist ein ganz dreister Schwindel. Um ihm ein für allemal den Boden abzugraben, stellen wir nach dem „Vorwärts“ folgenden fest: Am 21. Februar beschloß die Siebener-Kommission, die gewerkschaftliche Rasse auszugeben, während der Streik am 9. Februar abgebrochen worden war. Ende Februar teilte der Vorstand des Bergarbeiterverbandes sowohl der General-Kommission der Gewerkschaften wie dem Vorstande unserer Partei mit, daß er in der Lage sei, auf weitere Sammlungen zu verzichten und ersuchte um Schließung der Sammlungen. Im „Vorwärts“ Nr. 53 vom 3. März d. J. quittierte unser Hauptkassierer Gerlich über eine Gesamtsumme von 277 908,16 Mark für die Bergarbeiter. Daran schloß sich folgende Erklärung:

„In dem wir hiermit im Einverständnis mit der Leitung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die Sammlungen schließen, sagen wir namens der Bergleute des Ruhrgebietes allen Gebern für die bewiesene Opferwilligkeit herzlichsten Dank. Etwas weitere Ergänzungen werden wir, sofern die Geber nicht andere Verfügungen treffen, dem Unterstützungsfonds der sozialdemokratischen Partei Deutschlands überweisen.“

Am 3. März ging zugleich ein Resolutionsantrag von etlichen hundert Mark an den Kassierer des Bergarbeiterverbandes, Gerlich Horn ab, womit dieser die genannte Summe von 277 908,16 Mk empfangen hatte. Das bestätigten die Bücher des Bergarbeiterverbandes und bestätigt die „Bergarbeiter-Zeitung“ durch eine öffentliche Erklärung. Von den nach Veröffentlichung der abgedruckten Erklärung unseres Parteikassierers eingegangenen Geben bestimmten noch in drei Fällen die Geber, daß sie den Bergarbeitern zu überweisen seien und dementsprechend sind sie den Bergarbeitern überwiesen worden. Ein Posten von 290 Mk. ist quittiert in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 25. März und zwei Posten von 90 Mk. und 20,25 Mk. sind quittiert in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 2. April. In allen übrigen Fällen erklärten sich die Geber der nach dem 3. März eingegangenen Geben mit der Überweisung an den Unterstützungsfonds unserer Partei einverstanden. Es diesem Verfahren kann niemand etwas einwenden. Die Bergarbeiter hatten verzichtet und die Geber hatten über anderweitige Verwendung ihrer Geben verfügt. Da aber die Verhältnisse sich hierauf geändert haben, so hat die für die streikenden Bergarbeiter eingegangenen Geben bestimmungsgemäß zurückgegeben werden, so hat sie an den christlichen Verbänden als gestiftetes Objekt zur Kritik. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ stellt jetzt fest, daß der christliche Verband 5000 Kubik Meter Margarine bestimmt und zugewiesen hat. Der alte Verband hat alle an ihn gelangten Geben ohne weiteres ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit der Streikenden zurück an den christlichen Verband übergeben. Der christliche Verband hat dagegen 10 000 Anweisungen auf je ein halb Kubik Meter Margarine von der Firma von der Burg in Gießen erhalten mit der ausdrücklichen Anweisung, sie ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit zu verteilen. Der christliche Verband hat jedoch die Scheine an sich selbstlich an seine Mitglieder verteilt. Die Kameradschaften waren es also, die unrichtig empfangen und der Bestimmung nach dem Bestimmungszweck nicht haben; bei dem „christlichen“ Sozialdemokraten ist alles richtig zugegangen und — fertig!

Koloniale Kulturarbeit. Die „Frankfurter Volkswehr“ veröffentlicht einen Brief von einem in Südwestafrika kämpfenden deutschen Soldaten. Er teilt mit, daß er nicht nur die Schwere der Kampfes, sondern auch die Gunstverhältnisse die man gegen geringere Heeresanteile erweist. Der sehr vorzügliche geistliche Brief, bei dessen Befreiung der Soldaten mit einer sehr tüchtigen Kontrolle versehen wurde, lautet:

Karabes Nord, S. 4 3 05.

Lieber Bruder!

Da ich ja gar nichts von Dir höre, so will ich Dir endlich mal schreiben, was weiß ich mit und nochmal wiederholen, was bei uns im Süden gibt es alle Wochen drei bis vier Gefechte. Am 15. Juni hatten wir ein großes Gefecht mit Moraga unter Major Komp. Wir waren 200 Mann, nach dem Gefecht kamen etwa noch 80 Mann kampffähig zurück. Was uns Hauptmann Gehr nicht mitteilt, am 1. Juli zu fünf Uhr zehnte Uhr, da

wäre von und kein Mann zurückgekommen; denn die Schwarzen hätten uns alle abgeschlachtet. Am 25. Juni wurde ich mit zehn Mann zur Komp. Koppi zugeteilt, denn unsere Kompagnie ist aufgelöst worden, da wir dies noch 23 Mann zählen. Am 29. Juni hatten wir ein Gefecht mit Kornelius und seiner Bande; diese Bande bestand aus Hottentotten, Witbois, Feldschützern und Boshobwarts, etwa 700 Mann. Wir unter Major Gräler 450 Mann. Kornelius wurde geschlagen und nach allen Richtungen zerstreut, kam er aber am Fickflus in der Nähe von Bantua wieder. Dort wurde er am 3. Juli um Koppi angegriffen. Er zeigte die weiße Flagge. Koppi ging mit Untermajor Troha zur Unterhandlung, wurde aber auf dem Rückwege von Kornelius erschossen. Koppi hatte sofort von seinen Truppen Hilfe und es entstand ein 8 Stunden langes Gefecht, nach welchem die Hälfte von uns halb verbrüht da lag. Nach dem Gefecht wurde sofort Wasser geholt und nach 1 Stunde waren wir wieder kampffähig. Munition war keine mehr vorhanden, da machte Kornelius, welcher von Gräler zwei-hundert Witbois zur Verstärkung erhalten hatte, einen Sturmangriff auf uns mit heftigen Gewehrfeuer. Wir erschossen unsere paar Patronen vollendet, dann ging es mit aufspritzenden Seltengewehr auf den Feind. Wir es da zu-ging, kam ich feiner vorstellte. Die Schwarzen hielten ungefähr drei Stunden stand, dann brach die Unzufriedenheit herein und sie liefen aus. Die Schwarzen hatten die Hände gefesselt der unsrigen. Wir war beim Handgemerke das Seitengewehr abgehoben und nur der Griff steckte noch auf dem Gewehr. Da drehte ich das Gewehr um und schlug mit dem Köhler drauf. Nach einer Stunde hatte ich etwas Luft und griff nach dem Seltengewehr eines Toten, welches ich auf-pflanzte. Als das Gefecht vorbei war, sanken wir er-schöpft auf die Erde und sangen einen Choral. Die schwarze Bande ließ uns aber auch die Nacht noch keine Ruhe, sie umstellten das Lager und schickten sich an, Toten und Verwundeten den Hals abzuschneiden, wurden aber durch 4 Artillereschiffe vertrieben. Nun war es ruhig bis früh. Früh 6 Uhr bekamen wir durch Tragesel wieder frische Munition, jeder Mann einen halben Liter Rum, 2 Pf. Nudelfleisch und einen Becher voll Reis. Als wir uns gestärkt hatten, wollten wir die Toten begraben, wurden aber von den inzwischen wieder versammelten Schwarzen beschossen. Da gab es dann abermals ein regelrechtes Gefecht, in welchem leicht erndlich in die Flucht geschlagen wurden. Wir er-beuteten dabei 6 Dshenwagen, 45 Decken und 80 Gefangene, welche gleich erschossen wurden, und viel Vieh mit 70 Reitern. Der Feind wurde bis an den Drangflus getrieben. Ich ist seit 3 Wochen Waffen-mißstand ...

Unter vielen Grüßen
Dein

Bruder ...

Da ist des längeren und breiteren dargelegt worden, daß die südwestafrikanischen „Gesetze“ ohne einen Stamm eingeborener Arbeiter garz wertlos sind, weil sich europäische Arbeiter nicht an das Klima gewöhnen können. Und trotz-dem schickte man jetzt solche Eingeborene dorthin, wo sie als Kriegsgefangene eingeliefert werden. Es sind unzählige die Kräftigsten unter dem männlichen Bestande der Eingeborenen, die auf solche Weise vernichtet werden. Fährt man so fort, bleibt schließlich nichts übrig als Frauen, die zur Arbeit nicht verwenden sind. Vor allem müßte man sich aus menschlichen Gründen hüten, gegen Gefangene so zu verfahren, wie es in dem Briefe geschildert wird.

Norwegen.

Unwürdige Ungeduld. Aus Christiania wird gemeldet: „Eine große Anzahl der bedeutendsten Banken Norwegens mit der norwegischen Bank an der Spitze haben an den Storting eine Adresse gerichtet, in der ausgesprochen wird, daß das Geschäftsleben und die Finanzen des Landes sobald wie möglich wieder in geordnete Verhältnisse gebracht werden müssen. Regierung und Storting würden deshalb in-standigst ersucht, an der am 7. Juni eingegangenen Stellung festzuhalten, wonach die Staatsform auch zukünftig unerschütterlich sein soll, und sobald wie möglich, um den ungewissen Zustand zu beendigen, zur Wahl eines neuen Königs zu schreiten.“ — Was die monarchische Staatsform mit der Regelung des Geschäftslebens zu tun haben soll, ist nicht recht ersichtlich. Wir meinen, daß die norwegischen Banken auch dann gute Geschäfte machen werden, wenn das norwegische Volk sich für die Einführung der Republik entscheidet. Frankreich und die nordamerikanischen Staaten beweisen das. Mit der Wahl eines neuen Königs presst es also durchaus nicht.

Mit dem Karlsruher Übereinkommen beschäftigte sich vorabend das Storting. Die Debatte eröffnete der Präsident des Sonderauschusses, Böhman, welcher ausführte, daß man gewiß in mancher Hinsicht einen anderen Ausgang hätte wünschen können, daß man aber sicher den wahren Interessen des Vaterlandes diene, wenn man das vorgeschlagene Übereinkommen annehme. Der Vorsitzende der Minorität, Konow, verteidigte deren Standpunkt und sagte: Wenn die Befehligungen niedergelegt, so könnte Schweden seine Armee zur Unterstützung bringen, während wir nichts unternehmen könnten. Wir hoffen, daß wir volle Selbständigkeit erreichen werden; durch das Übereinkommen ist jedoch so beizubehalten worden, daß wir lieber die Union behalten, als auf diese Bedingungen eingehen. Staatsminister Michelsen führte aus, daß er Konow nicht so ausführlich erwidern könne, wie er wünsche. Der Vorherr der schwedischen Oppositionen ließe die norwegischen Oppositionen nicht schlafen. Die norwegische Politik ging darauf aus, diesen Oppositionen wiederzufügen. Ganz Norwegen sei den schwedischen Überredungen dankbar, weil sie den Oppositionen in diesen Lande hinhelfen. Alle Rechte, sahr der Minister fort, rufen wir, erst unter Zugrundelegung zu Schweden zu gehen, und darauf arbeitet die Regierung hin. Unter den Tagessprechern sprach sich vor der Generalversammlung Diers für die Beibehaltung der Befehligungen aus, alle anderen waren der Meinung, daß die Beibehaltung derselben nicht eine Frage väterlicher Art habe. Im weiteren Verlaufe der Debatte richtete Espberg sehr scharfe Angriffe gegen den Staatsminister Michelsen und warf ihm vor, daß er sich zu ungeschicklich gezeigt und daß er die nationale Ehre des Landes von Schweden abhängig mache. Generalstaatsminister Graf Frick widersetzte die Behauptung der Minorität, be-trüben die Beibehaltung der Befehligungen. Darauf wurde

die Sitzung bis 5 Uhr nachmittags unterbrochen. — In der Nachmittags-Sitzung des Storthings schlug Pastor Ericksen (Soz.) vor, die Frage der Berechtigung der schwedischen Bedingungen dem Hager Schiedsgerichtshof vorzulegen. Der Minister des Äußeren Vorland sprach sich gegen diesen Vorschlag aus. An der Debatte beteiligten sich der Verteidigungsminister Nilson, Staatsrat W. Clauber. Um 10 Uhr abends wurde die Sitzung geschlossen und auf Montag vertagt.

Wladimir.

Größeren Umfang nimmt die Streikbewegung in Moskau an. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei resp. Militär. 52 Schußwunden wurden verletzt, davon 12 schwer. Es finden Versammlungen auf offener Straße statt. Man erwartet einen Generalstreik sämtlicher Eisenbahn- und Fabrikarbeiter. Auch die Wäcker-Moskau streiken; das vorhandene Werk-zeu reicht nur für 2 Tage.

Attentat auf einen Straßenbahnwagen. In der Schamotkassaja-Strasse in Tiflis wurde auf das Gleise der elektrischen Straßenbahn durch Tataren eine Bombe gelegt. Als ein Wagen der Straßenbahn diese Stelle passierte, explodierte die Bombe. Der Wagen wurde zertrümmert, zahlreiche Passagiere erlitten Verwundungen.

Im Warschauer Judenviertel kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und einer Bande, die die Ermordung einer der Spionage verdächtigen Person rächen wollte. Drei Personen wurden getötet, vier schwer verwundet und acht leicht verletzt.

Ein furchtbares Beispiel der Willkürherrschaft in Rußland wird der „Voss. Ztg.“ mitgeteilt. Es handelt sich um die traurige Geschichte der Verurteilung der vier Matrosen des Panzers „Bruth“. Das Militärgericht, das das Todesurteil dieser vier Matrosen gefällt hat, beschloß, den Jaren um Strafmilderung zu bitten, und zwar um Ersetzung der Todesstrafe durch teils lebenslängliche, teils langjährige Zuchthausstrafe. Es geschah aber nun, wie die juristische Zeitschrift „Revo“ mitteilt, etwas ganz Unerhörtes. Statt im gesetzlich vorgeschriebenen gerichtlichen Instanzenweg an den Monarchen zu gelangen, wurden die Akten des Prozesses an den Chef des Schwarzmeergeschwaders und von ihm anscheinend an den Marineminister geschickt, der aus eigener Machtvollkommenheit einen abschlägigen Bescheid erteilen ließ. Der Minister hat also in diesem Falle das unbestreitbare Hoheitsrecht des Kaisers, um das ihn selbst die russischen Konstitutionalisten nicht bringen wollen, usurpiert, unter gleichzeitiger Verletzung der militärischen Justizgesetzgebung. — Ein zwar nicht ganz so tragisches, aber nicht minder bräutliches Beispiel russischer Willkür wurde in der Schlußsitzung des Internationalen Kongresses der Rechtsanwälte in Lüttich mitgeteilt. Dort verlas der Präsident Staatsminister Dejeune einen Brief von dem Präsidenten der Anwaltschaft in Petersburg, in dem gemeldet wird, daß der Vor-seher der Anwaltschaft, Vereinigung in D. Bessa nicht antretend sein konnte, weil die russische Regierung ihn nach Sibirien deportiert habe, um dessen Kandidatur für die Reichs-buma unmöglich zu machen. Der Kongress protestierte einstimmig gegen dieses Vorgehen der russischen Regierung.

Die polnischen Sozialisten verteilen in allen polnischen Städten Flugblätter folgenden Inhalts: „An alle polnischen Bürger! Zahlt der zarischen Regierung keine Steuern mehr!!! Für Eure Großen, für Euer Blutgeld schickt die Regierung auf Euch Militär, Polizei und zarische Spigel. — Für Eure Großen, für Euer Blutgeld bedrückt, verfolgt und mordet Euch die zarische Regierung! Bürger! Genossen! Dreht Euch den Goldenen nicht selbst! Zahlt keine Steuern!!! Verstandigt Euch alle wir ein, daß keine Gemeinde, kein Kreis, das ganze bürgerliche Polen der Regierung auch nicht einen Groschen gibt! Ihr seid Millonen — und die Regierung kann Euch nicht überwältigen. Polnische Bürger! Genossen! Zahlt der zarischen Regierung keine Steuern! Das Zentralkomitee der polnischen Sozialistenpartei in Warschau.“

Japan.

Die finanziellen Folgen des russisch-japanischen Krieges für Japan bespricht nach einem Tokioer Telegramm Graf Komura in einer Rede vor den vereinigten Handelskammern. Er führt aus, daß nach der vollzogenen Zurückziehung der japanischen Truppen die Schuld Japans sich auf 2 500 000 000 Yen belaufen werde, deren Begleichung die runde Summe von 150 000 000 Yen erfordern werde, also nahezu das Doppelte der Staatseinnahmen vor zehn Jahren. Der Steuerbetrag auf den Kopf der Bevölkerung sei vor dem Kriege 4 Yen gewesen, jetzt betrage er 12. Die National-schuld habe vor dem Kriege 12 Yen pro Kopf betragen, nach dem Kriege betrage sie 50 Yen; indessen betrachtet Graf Komura die Lage nicht pessimistisch. Er betonte die Notwendigkeit, daß die Geschäftswelt ihre Tatkraft zur Gewinn-lug produktiver Unternehmen aller Art verdoppele.

Ein deutscher Dampfer beschlagnahmt. Der nach Nikolajewsk bestimmte deutsche Dampfer „Carl“ ist, laut Mitteilung des japanischen Marineministeriums, beschlagnahmt worden.

Wald und Kampfbereitschaft.

Montag, den 9. Oktober.

Der Anzug von handgewerblichen Arbeitern nach Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ist eifrig bestrebt, für seine Zwecke Gelder zusammenzufechten. So liegt uns wieder ein Brief an einen hiesigen Parteigenossen vor, in dem derselbe angebetelt wird, durch einen Beitrag die Sozialdemokratie mit umbringen zu helfen. Wie üblich, lag wieder eine Postanweisung zur gefälligen Benutzung bei. Wir wollen nicht nochmals die „legens-reiche Tätigkeit“ des Reichsverbandes eingehend beleuchten; das ist ja bereits wiederholt geschehen. Wir möchten aus dem Flugblatt, welches mit der Aufforderung zur Beitragsleistung versehen wird, um die politische Indifferenz aufzuklären, nur folgenden Satz zitieren:

Mit dem Verständnis für die Notwendigkeit regerer und dauernder politischer Tätigkeit ist es bei diesen (bürgerlichen Parteien) größtenteils recht schlecht bestellt, und ein unerkennbares Zeichen dafür ist der häufige Mangel an Teilnahme bei den politischen Versammlungen, sogar in der Wahlzeit. Es gibt zu viel Kluge, die meinen, sie könnten zu Hause bleiben, ihnen könne da Wissenwertes nicht geboten werden, und doch verpassen sie bei all ihrer Klugheit oder können nicht die bedeutende Wahrheit: „Die Masse zieht an.“ Und was nützen die „Ueberbismarcks“, die man fast überall antrifft, die immer genau wissen, was das oder das gemacht werden müßte, die an Allen herumkrüppeln und ewig mit überlegenen Sätzen die Aeseln zuden über die Fehler der Regierung, über die „Lächerlichkeiten und Fehler der Kädern, der untergeordneten Geister.“

Wahrhaftig, der einfache Mann, der tätig eintritt für seine Ueberzeugung, ist hundertmal mehr wert, als die ganze Masse dieser untätigen Ueberklugen.

Das meinen auch wir. Deshalb, Arbeiter, tretet stets ein für eure Ueberzeugung; tretet euren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bei und abonniert die Arbeiterpresse. Das ist die beste Antwort auf das Vorgehen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie!

„Die rote Landpost“, sowie Agitationskalender wurden am gestrigen Sonntag von hiesigen Genossen in dem von Lübeck aus zu bearbeitende Teile des Schleswig-holsteinischen Kreises verbreitet. Unsere Genossen fanden überall freundliche Aufnahme.

Zu dem Begriffe „Betriebsunfall“ im Sinne der reichsgesetzlichen Unfallversicherung. In einem am 15. September 1905 bekannt gegebenen Urteil hat sich das Reichs-Versicherungsamt über den Zusammenhang der Folgen eines in einem Krankenhause, in dem der Verletzte zur Beobachtung und Untersuchung untergebracht war, eingetretenen Unfalls mit dem Betriebsunfall, der die Unterbringung des Verletzten in das Krankenhaus veranlaßt hatte, wie folgt geäußert: Das Reichs-Versicherungsamt hat daran festgehalten, daß Unfälle oder Gesundheitsbeschädigungen von Versicherten während des zu Heil- oder Untersuchungswecken erfolgenden Aufenthaltes in Krankenhäusern der Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften nur dann unterliegen, wenn sie durch den früheren, beim Betrieb erlittenen Unfall mittelbar herbeigeführt worden sind; es muß also feststehen, daß der Aufenthalt im Krankenhause den zweiten Unfall nur deshalb herbeigeführt hat, weil infolge der früheren Verletzung eine geringere körperliche Gewandtheit oder eine geringere Widerstandsfähigkeit des Versicherten vorhanden war, oder weil der Versicherte durch die zu dem Untersuchungs- bzw. Heilungszweck erfolgten Maßnahmen besonderen Gefahren ausgesetzt worden ist, die über die Gefahren des gewöhnlichen Lebens hinausgingen.

In der Stadthalle gelangte am Sonntag vor einem zahlreichen Publikum der tolle Schwanz Charles Lante zur Aufführung. Da die Darstellung äußerst flott, und namentlich die Reu- und Überwältigung komisch gegeben wurde, so blieb der volle Lacherfolg nicht aus. Zu Anfang gab es das bekannte Offizierskasino „Lustspiel“ „In Zivil“; auch dieses geniel dem anspruchsvollen Sonntagspublikum.

In Vertretung. Während der Abwesenheit des Senators Kulekamp hat Senator Dr. Neumann die Leitung des Polizeiamtes und des Medizinalamtes, sowie den Vorsitz im Medizinalkollegium und in der Behörde für Wohnungspflege, Senator Dr. Stoffs den Vorsitz in der Behörde für das Feuerlöschwesen übernommen.

Handelsregister. Am 7. Oktober 1905 ist bei der Aktiengesellschaft in Firma Hansa-Druckerei, Aktiengesellschaft in Lübeck eingetragen: Friedrich Carl Sauermann ist aus dem Vorstand ausgeschieden; an seiner Stelle sind Christian Friedrich Sauermann und Adolf Friedrich Carl Sauermann in den Vorstand gewählt. Dem August Christian Ernst Uter zu Lübeck ist Procura erteilt, dergestalt, daß er nur in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitgliede zur Vertretung der Gesellschaft befugt ist.

Von der Schifffahrt. Im Monat September kamen insgesamt 282 Seeschiffe (190 Dampfer und 92 Segelschiffe) im hiesigen Hafen an. Auf dem Elbe-Trave-Kanal kamen 143 Fahrzeuge hier an, während 134 ausgingen. Auf der Untertrave belief sich der Schiffsverkehr auf 255 ankommene und 258 abgegangene Fahrzeuge.

Einfuhr von Schlachtvieh. Im Monat September kamen hier jenseit 977 Rinder, 3 Kälber und 256 Schafe an. Von diesen stammten 383 Rinder und 20 Schafe aus Schleswig-Holstein, die übrigen aus Dänemark.

Staatlich subventioniertes Stadthallen-Theater. Dienstag geht erstmalig in dieser Spielzeit die komische Oper von Huber „Fra Diavolo“ in Szene. In dieser Oper werden sich zwei neue Kräfte dem Lübecker Publikum vorstellen. Käthe Meyer-Jäger als Opernsoubrette vom Magdeburger Stadttheater, und der Tenorist Hermann Ferschle vom Theater des Westens in Berlin. Erstere singt die Zerline, letzterer den Lorenzo. Die übrigen Partien sind gleichfalls mit den ersten Opernkraften unseres Ensembles besetzt. — Da am Donnerstag die Stadthalle anderweitig benützt wird, so wird am Mittwoch, den 11. Oktober für die Donnerstag-Abendkonzerte das neue Lustspiel „Der Vielgeprüfte“ aufgeführt. Die vormaligen Abonnenten werden darauf hingewiesen, ihre Karten an diesem Tage zu benutzen. Donnerstag findet im Wilhelm-Theater eine Wiederholung von „Charles Lante“ statt, die am Sonntag einen großen Feierlichkeitserfolg zu verzeichnen hatte.

pb. Fahrrad Diebstahl. Am 6. ds. Mts. vormittags zwischen 9-10 1/2 Uhr wurde von dem Hausflur eines Hauses der Königstraße ein Fahrrad gestohlen. Dasselbe ist ohne Marke, hat schwarzes Gestell, drei Felgen und nach oben gebogene Lenkstange. An dem Fahrrad befand sich die Polizeinummer 5281.

pb. Festgenommen wurde ein Nieler aus Muslin, der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Geestemünde wegen Betruges strafrechtlich verfolgt wird.

Zug von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten. Zug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Bögeschen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbrau in Lanen.

r. Schwartau. Die Abstimmung, über die seitens der sozialdemokratischen Vereine im Fürstentum in Vorschlag gebrachten Landtagskandidaten, erfolgt am Dienstag, den 10. Oktober, abends von 6-8 Uhr bei Karl Kühn, Gasthof zum weißen Schwan in Trems und bei Robert Binkert, Gasthof Transvaal in Schwartau. Ehrenpflicht aller Parteigenossen ist es, sich hieran vollständig zu beteiligen.

Swartau. Ein neues industrielles Unternehmen. Das Gut Cleve ist von dem Besitzer J. F. Widensen in diesen Tagen an den Pächter Carl Wilkens

zu Neu-Zellorf verkauft. Cleve wurde 1846 von dem Baron von Bülow als Hof angelegt und wurden die ehemaligen Hufen nach und nach dem Gut inkorporiert, so daß die Größe desselben jetzt circa 270 Hektar beträgt, mit circa 7600 Mt. Grundsteuerertrag. Der Vorbesitzer hat circa 35 Hektar leichter Acker, um daselbst eine große Sand- und Zementstein-Fabrik anzulegen und den Rest des Areals als Bauplätze zu verwerten.

Reinfehd. Die Sozialdemokratie trat hier selbst am gestrigen Tage in die Agitation anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahl ein und zwar in Gestalt einer im Lokale des Herrn List abgehaltenen Volksversammlung. In etwa 150 Mitgliedern teilnehmender Versammlung Stellung-Lübeck den Erziehungswesen die gegenwärtige politische Lage auseinandersetzen. Nach einigen anerkennenden Worten des Gen. Namme-Lübeck fand eine Resolution einstimmig Annahme, die neben dem Einverständnis mit dem Referat die erste Absicht ausdrückt, mit allen Kräften in die Wahlbewegung einzutreten. Ein kräftiges Schlußwort des Referenten, sowie ein Hoch auf die Sozialdemokratie beschloß die von heller Begeisterung getragene Versammlung.

Reinfehd. Es geht vorwärts! Eine gestern nachmittag abgehaltene Mitgliederversammlung des Bildungvereins für Reinfehd und Umgegend beschloß nach einer eingehenden Begründung seitens des Gen. Stellung-Lübeck die Umwandlung des Vereins in eine sozialdemokratische Parteiorganisation in der Name des Vereins lautet fortan: Sozialdemokratischer Verein für Reinfehd und Umgegend. Weiterhin wurde einstimmig beschlossen: ab 1. November einen monatlichen Beitrag von 30 Pfg., anstatt bisher 20 Pfg., zu erheben. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Kellermann Vorsitzender, Kleinig, Kaffner, Müller, Schriftführer, Heben und J. Wilken, Beisitzer und U. Meyer und Fritz Federn, Revisoren. Als Delegierter zum Provinzialparteitag wurde Genosse Kellermann gewählt. — Nachdem nunmehr für Reinfehd und Umgegend eine ausgeprägte Parteiorganisation geschaffen, ist es selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialdemokraten, sich dieser Organisation anzuschließen und gemeinsam mit den Genossen zu wirken für die Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen. Wenn ein jeder Genosse mitarbeitet, dann wird die junge Parteiorganisation recht bald ein würdiges Glied in der Kette der Gesamt-Partei-Organisation darstellen.

Udeßloe. Der Kandidat des 9. schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreises, Gen. Weinheber-Hamburg, sprach gestern nachmittag im Lokale des Herrn Rütge am Schwarzenbamm über die gegenwärtige politische Lage. In der Diskussion ergänzten die Genossen Schneider und Bloog-Lübeck die Ausführungen des Referenten in wirksamer Weise. Die Stimmung der Versammelten war vorzüglich.

Hamburg. Im ersten Hamburger Reichstagswahlkreis berichteten die Delegierten des Parteitag in Jena über die dort gefassten Beschlüsse. Genosse Stolten sprach sich sehr befriedigt über die Debatten aus und hob besonders die ruhige, sachliche Behandlung der Differenzen hervor, die zu allseitiger Befriedigung erledigt wurden. Die zu dieser Sache angenommene Resolution entsprechen den allgemeinen Empfindungen. Die Parteifrage sei im Interesse der Gewerkschaften wie der Partei befriedigend behandelt, ebenso der Massenstreik. Erfreulich sei die einstimmige Stellungnahme, die in der Annahme der Resolution sich ausdrückt. Die Nichtsnur sei gegeben; es müsse mit aller Macht im Sinne der Beschlüsse gearbeitet werden. Die Organisationsfrage ist ebenfalls günstig erledigt worden und wird durch die straffere Zusammenziehung der sozialdemokratischen Vereine der Parteifrage großer Nutzen entstehen. Genosse Grünwald ergänzte den Bericht und spricht ebenfalls seine Befriedigung über den Parteitag aus, der den Gegnern eine große Täuschung bereite. In der Diskussion sprach Genosse Reichstags-Abgeordneter Dömelburg sich ebenfalls befriedigt über die in Jena stattgefundenen Verhandlungen aus. Speziell die Debatten über die Parteifrage und den Massenstreik seien aufführend und nützlich für die Arbeiterbewegung. In etwas längeren Ausführungen vermahnt er die Gewerkschaftspressen gegen den Vorwurf, zu wenig „sozialistischen Geist“ verbreitet zu haben. Er bestritt das, weist auf die Haltung der einzelnen Gewerkschaftsorgane hin, die in politischen, das Arbeiterinteresse berührende Fragen einseitige Stellung im sozialdemokratischen Sinne genommen haben. Wenn aber davon, zu wenig sozialistischen Geist in die Massen gebracht zu haben, gesprochen werden kann, so trifft dieser Vorwurf die Parteipresse viel mehr, denn ihre Aufgabe ist es, diesen Geist unter die Leser zu bringen. Er sei sich behaupten zu können, daß durch die heiderseitige Anerkennung von Partei und Gewerkschaften ein bedeutender Schritt getan sei zum Vordringen der Arbeiterbewegung. Beide Organisationen seien selbständig, gehören aber zusammen, um gegebenenfalls gemeinschaftlich den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Aufklärung, Erziehung zum Kampfe in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht und keine Ueberhebung der beiden Faktoren kann in wirksamer Weise die Befreiung, den Sieg der Arbeiterchaft bewerkstelligen.

Hamburg. Eine Tragödie in der Nordsee. Der am Sonntag vormittag von Hull im hiesigen Hafen eingetroffene englische Dampfer „Cito“ überbringt die Kunde von einer Schiffskatastrophe, die sich mit dem Untergang der norwegischen Bark „Candeur“ nebst ihrer gesamten Besatzung am Sonnabend mitag auf der Höhe von Borlum zugetragen hat. Dort faherte, wie man dem „S. Cor.“ schreibt, der „Cito“ das entmaßte Wrack eines im sinkenden Zustande befindlichen Segelschiffes. An dem Mastkämpfer wehten Notsignale. Der Führer des „Cito“ ließ das Rettungsboot auslegen und mit dem ersten Steuermann und vier Matrosen bemannen. In anbetrach dessen, daß der „Cito“ selbst schwere Beschädigungen durch den in der Nordsee vorherrschend gewesenen außergewöhnlich heftigen Sturm erlitten hatte, ist diese Tat nicht hoch genug anzuerkennen. Allerdings hatte die Wut des Sturms sich schon etwas gelegt. Als das Rettungsboot längs des Seglers angekommen war, zeigte sich auf dem Wrack nur ein einziger Mann; er hielt auf seinen Armen eine kleine junge Schiffskate; sonst waren keinerlei lebende Wesen auf dem Wrack zu erblicken. Durch geschickte Manöver gelang es dem Rettungsboot, so dicht an das Wrack heranzukommen, daß der Mann mit der Käte hinein-springen konnte. Schon war der Ärmste aus entsetzlicher Lebensgefahr geborgen, als die Käte auf das Schiff zurücksprang, und ehe man sich verah, setzte der kaum gerettete Schiffbrüchige dem Tierchen nach, um die Genossin so schwerer Stunden, wie er sie gesehen durchgemacht, zurückzuführen, — eine angefaßt der drohenden Gefahr des Sinkens des Schiffes geradezu unbegreifliche Tat, die ihm denn, auch zum Verhängnis werden sollte, denn noch ehe er wieder auf dem untergehenden Schiffe zum Vorschein kam, sank das Wrack in die Tiefe. Die Mannschaft des Rettungsbootes konstatierte, daß es die norwegische Bark

„Candeur“ von Skagerak war. Laut dem Register des Bureau Veritas war der „Candeur“ aus Skagerak Eigentum der Aktien-Gesellschaft „Candeur“ (3. Kaufen Crane). Das aus Holz im Jahre 1874 bei J. Manonsen Arendal erbaute Schiff war 466 Registertons Brutto groß. Führer war Kapitän H. G. Pedersen. Die gesamte Besatzung scheint durch die über das Wrack hinweggegangenen Sturze über Bord gerissen und ertrunken zu sein. Der letzte Ueberlebende mußte, wie berichtet, noch zuletzt auf tragliche Weise sein Leben verlieren. Das Rettungsboot des „Cito“ konnte von Glück sagen, daß es noch rechtzeitig weit genug vom Wrack sich entfernen konnte, um nicht in den durch das in die Tiefe sinkende Wrack verursachten Strudel hineingezogen und mit in die Tiefe gerissen zu werden. Unverrichteter Sache mußten die braven Seeleute nach dem „Cito“ zurückkehren, der Hamburg nach harter Anstrengung glücklich erreichte.

Güstrow. Schwurgericht. Es wurde verhandelt gegen den Kleiner Friedrich Lingt und den Gastwirt Wilhelm Kelling, beide aus Nevern. Der 17jährige Lingt ist beschuldigt, vor der Strafkammer Klostod am 6. April einen Meineid geleistet zu haben. Kelling, seinem Onkel, wird die Anstiftung dazu zur Last gelegt. Kelling war wegen Kuppelei angefaßt. Er sowohl wie sein Neffe saßen im Landgerichtsgefängnis. Dort soll Kelling den Lingt durch gesteckte Briefe in seinem Sinne beeinflusst haben. Lingt ist geständig, Kelling nicht. Das Urteil lautet für Lingt auf 1 Jahr Gefängnis, für Kelling auf 3 Jahre Zuchthaus. — Dann wurde verhandelt unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen die Knechte Dahl und Niemann aus Stralendorf, die wegen Sittlichkeitsverbrechen angefaßt sind. Beide Angeklagte wurden zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Harburg. Großfeuer. Sonnabend nacht 1 Uhr brach in der Ballabteilung der Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien ein Großfeuer aus. Von der Direktion der Fabriken wird dazu folgendes mitgeteilt: „Heute nacht kurz nach 1 Uhr entstand aus bis jetzt nicht aufgeklärte Weise, vielleicht durch Kurzschluß, auf den hiesigen Werken Großfeuer. Das Feuer ergriff den ältesten Teil der Fabrik, und zwar die Räume, die seit dem Jahre 1886 als Trockenräume dienen. Von dem starken Winde beghünstigt, scherte das Feuer in einem Zeitraum von kaum 2 Stunden trotz der energischen Anstrengungen der hiesigen städtischen Feuerwehr sowie der Freiwilligen Feuerwehrr der Behren der Jute- und Gummiabfabrik die Baulichkeiten der Schuhfabrik und der Fahrradrenfabrik ein. Etwa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch den Brand beschäftigungslos geworden, die Leitung der Fabriken wird aber Anstrengungen machen, um das Unglück, das hierdurch entstanden ist, zu lindern und die Leute sobald als möglich bei den Aufbaumungsarbeiten beschäftigten, während die weiblichen Arbeiter in anderen Werkstätten untergebracht werden sollen. Ueberdies hofft die Fabrik, die Fahrradrenfabrik in einem Zeitraum von sechs bis acht Wochen wieder in vollem Umfange in Betrieb zu setzen; die Fabrik der Gummiwaren wird aber in vollem Umfange nicht vor Anfang des nächsten Jahres wieder in Gang kommen können. Die Fabrikation sämtlicher anderer Artikel und chirurgischer Artikel sowie von Bällen, Ballons und Gummistoffen erleidet keinerlei Störung. Durch das Eingreifen der Werke in Wien und Hannover wird die Fabrik in die Lage gesetzt werden, inzwischen auch Aufträge in Gummischläuchen und Fahrradreifen nach Möglichkeit zu erledigen, wenn auch in etwas beschränktem Maße. Der Schaden, den die Vereinigten Gummiwarenfabriken Harburg-Wien erleiden, läßt sich vorerst noch nicht übersehen; er ist aber sehr beträchtlich und dürfte auf etwa 2 Millionen Mark zu schätzen sein, die durch Versicherungen gedeckt sind.“

Bremen. Rettung Schiffbrüchiger. Die Rettungssituation Norddeich der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 6. Oktober von der hier gestrandeten holländischen Fialt „Gop o j Regen“, Kapitän Hörwing, mit Steinen von Delfzul nach Norddeich bestimmt, drei Personen durch das Rettungsboot der Station gerettet. — Die Rettungsstation Laboe telegraphiert: Am 7. Oktober von dem auf Anhaben gestrandeten deutschen Ewer „Wega“, Kapitän Bumann, mit Mauersteinen von Stensund nach Kiel bestimmt, zwei Personen durch das Rettungsboot „Waltherr Wolgang Ernst“ der Station gerettet.

West-Adriatischen.

Braunschweig. Mord. Aus dem Garz wird ein Ueberfall gemeldet. Das Opfer desselben ist der Arbeiter Heinrich Libz, der auf der Chaussee von Mübeland nach Elbingerode mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden wurde. Nach den bisherigen Ermittlungen sind mehrere Personen an dem Ueberfall beteiligt. — Der erste Schnee fiel Sonnabend im Garz und im Thüringer Wald.

Gräfenhainichen. Typhus. In dem Nachbardorfe Gremmin ist eine Typhusepidemie aufgetreten. Bisher sind sieben Personen ins Krankenhaus geschafft worden. Eine Frau ist bereits gestorben. Die Ursache der Epidemie ist allem Anscheine nach schlechtes Wasser.

Böln. Ein schweres Unglück wird aus Gumerbach gemeldet. Bei Ruenderoth überfuhr ein Güterzug den Wohnungswagen einer Kunstreitergesellschaft. Der Wagen wurde zerrümmert; ein Kind verbrannte durch den umstürzenden Ofen, ein Mädchen wurde ferner schwer, die übrigen Insassen leichter verletzt. Außerdem wurden 2 Ponies getödtet.

Heilbronn. Ein dreifaches Todesurteil. Dreimal zum Tode verurteilt wurde in Heilbronn der Bäckergehilfe Ernst Woaler, der in der Nacht vom 12. auf den 13. Juni in Neckargartach die Eheleute Bullinger und deren vierjähriges Kind ermordete.

Sächsischer Marktbericht vom 7. Oktober.

Baumwoll-Butter 125 Mt., Meierei-Butter 140 Mt., Hafen Stk. 280 Mt., Enten Stk. 280 Mt., Gähner Stk. 160 Mt., Käsen Stk. 120 Mt., Lauben Stk. 055 Mt., Gänse Ftd. — 70 Ftd., Fildgans — — —, Schweinepöschel 045 Mt., Schinken Ftd. 110 Mt., Würst Ftd. 120 Mt., Eier 7 Stück 60 Ftd., Krupen Ftd. 110 Ftd., Ger. Ruch Ftd. 1-240 Mt., Karanichen Ftd. 80 Ftd., Gedr. Ftd. 80 Ftd., Barisch Ftd. 70 Ftd., Nat. Ftd. 090 Mt., Meißel beste Gravensteiner 100 Ftd. 30 — — —, Konnen 100 Ftd. 25 — — —, andere Sorten 100 Ftd. 15-18 Mt., Blumen 100 Ftd. 10 Mt., Blumentohl, d. Kopf 30 Ftd., Hamb. Kirchen, Ftd. — — —, Kohl 100 Ftd. 2 — — —, Gurken Ftd. 064 Mt., Zwiebeln 100 Ftd. 450 Mt., Kartoffeln, beste franz., 200 Ftd. 650 Mt., per 10 Biter 50 Ftd., magnum bonum 200 Ftd. 450 Mt., Kartoffeln 10 Biter 40 Ftd.

Sonnabend vormittag 9 1/2 Uhr entfiel nach langem schwerem Leiden unser kleiner lieber
HANS
im zarten Alter von 9 Monaten
Tief betrauert von seinen Eltern, Großeltern
und Geschwistern.

Carl Nehlsen und Frau,

geb. Schmidt.
Lübeck, Jolephinenstr. 9. den 7. Oktober 1905.

Dankfagung.

Für die erwiesene Teilnahme und reiche Kranz-
spende beim Begräbnisse unserer lieben kleinen
Hedwig sagen allen Freunden und Bekannten
sowie sämtlichen Angestellten der Lübecker Straßen-
bahn unsern tiefgefühlten Dank

Martin Narozey u. Frau, geb. Bierich.
Zum 1. Januar oder zugleich eine Stube
nebst Kabinett zu vermieten

Hundestraße 85.

Ein möbliertes Zimmer mit Pension zu
vermieten
Johannisstraße 43

Zu verkaufen ein Kinderwagen, passend
für Handwerksleute

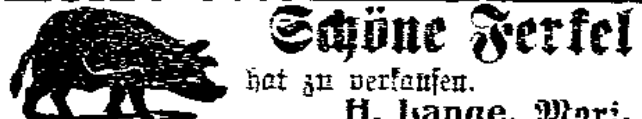
Engelsgrube 24, I. im Hl.

Fahrrad mit Freilauf

noch guterhalten, umständelhafter billig zu ve. f.
Fadenburger Allee 54.

Fahrrad, sehr gut erhalten,

zu verkaufen, Preis 55 Mk
Arminstraße 8a, pt



Schöne Kerfel
hat zu verkaufen.
H. Lange, Wori.

Entflogen ein schwarzer und ein roter
Zäuber (Zümmel).
Abzugeben gegen Belohnung
Große Burgstraße 21

Fein-Wäscherei und Plätterei

Luise Bergeest, Glopstraße 52-54.

Adolf Hübner, Uhren- u. Gold-
warenhandlung,
u. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.



**Tischmesser,
Gabeln,
Eßlöffeln
Anfüller
Kaffeelöffeln
Brotmesser
Gemüsemesser**
billig und gut bei
D. Tesschau
Breitestr. 27.

**Billig! Billig!
Gelegenheitskauf!**

Noch immer findet der Verkauf der
durch Feuer und Wasser leicht beschädigten,
sowie anderer Waren aller Art: als echte
China- und Japanwaren, Uhren, Leder-
waren, Hausstands- und Küchengeräte,
Wäscheleinen, Messer, Gabel, Löffel, Fuß-
matten, Bindfäden, Nadel, Ziegel, Naar-
schmitt, Schieferplatte, Schreibzeuge, Werk-
zeuge, Leuchtblagen und Bügel, Sägenblätter
und andere Sachen zu sehr billigen Preisen
im Hause **Königstraße 48** statt.

Wiederverkäufer Extra-Preise.

J. A. C. Michaelsen.

Uhrener einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhr-
macher
Königstraße 62, b. d. Hühnerstraße

Flohenschmalz
gar. rein
ist das, nur 54 Btg.

Ludw. Hartwig, Oberstraße 8.
Es erhalten Lübecker-Waren.

**Dienstags und Freitags:
Schwarzsauer**

Heinr. Muhly,
Goldstraße 14.

Feinste süße böhmische
Zwetschen

Montag und Dienstag
unwiderruflich letzter Waggon

100 Pfd. Mk. 10.00

Spethmann & Fischer

Beckergrube 59.

Zu verkaufen 1 Schreib-Büchlein (alt-mahagoni),
1 Damen-Krimmer-Kragen, 1 Paar verpackte Dam.-
Stiefel 42, 1 Edgarderobe, 1 nußbaum Sofa Tisch
Mittelstraße 2

Neu! Reedwisch's nüssiges Heilmittel!
beseitigt Kopf- u. Zahnschmerzen sofort.
Spirit. Succ. Citri. Decort., rad. Glycyrrhiz. Natr. chlorat.

**Bekanntmachung.
Der Massenverkauf von Schuhwaren
beginnt diese Woche**

3 Gr. Burgstraße 3 (Burgtorzingel)

Wer diese Woche Schuhwaren im Werte von 6 Mark kauft,
bekommt **GRATIS** 1 Pfund Butter (Margarine) und 1 Pfd. Käse.
Preise billigst. — Keine Preiserhöhung. — Bitte Schaufenster zu beachten.

Bibliothek des praktischen Wissens.

- Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mk. 1.
- Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, Mk. 0.75.
- Nr. 5. Das Recht der unehelichen Kinder und der Kinder-
mütter, Mk. 0.75.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Soeben erscheint und durch unseren Verlag zu be-
ziehen:

**„Bilder aus Lübeck's
Vergangenheit“.**

Zusammengestellt von

Theodor Schwarz.

Aus dem Inhalt des 639 Seiten umfassenden Werkes
heben wir das Nachstehende hervor:

Das „wendische“ (Alt-)Lübeck an der Schwartau. — Das
„welfische“ Lübeck. — Das „kaiserliche“ Lübeck. — Das „reichs-
freie“ Lübeck. — Das „hanseische“ Lübeck. — Die ersten bürger-
lichen Unruhen in Lübeck. — Der große nordische Krieg. —
Jürgen Bullenwesser. — Lübeck's letzter hanseischer Krieg. —
Die Keiserlichen Unruhen. — Der große Bürger-Nezsch von
1669. — Correktions- und Herenprozesse in Lübeck. —
Die Lübeckischen Jänire. — Die Gesellenverbände in Lübeck. —
Lübeckische Sagen u. Volkspoesien. — Das kaiserlich-französische
Lübeck. — Nach der Restauration. — Ueber die Zustände der
inneren Stadt im vierzehnten, sechszehnten und achtzehnten
Jahrhundert nebst einer Schilderung des Stadtbildes am Ende
des achtzehnten Jahrhunderts.

Preis: brosch. Mk. 4.—, geb. in Leinwd. Mk. 5.—
oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei und Verlag des „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 50.

Bestellungen werden von unseren Kolporturen zu jeder Zeit ent-
gegengenommen.

B e f e l l z e t t e l .

Unterzeichneter bestellt hiermit: „Bilder aus Lübeck's Vergangenheit“
von Theodor Schwarz:

Lieferung 1 und folgende wöchentlich — vierzehntägig u.
komplet broschiert à Mk. 4.— — — — — Exemplare,
elegant gebunden à Mk. 5.— — — — — Exemplare.

Name: _____ Ort und Wohnung: _____

Dieser Bestellzettel ist anzuschreiben und durch unsere Kolporturen oder Zeitungsträger an
uns einzuliefern **Friedr. Meyer & Comp., Buchhandlung, Johannisstraße 50.**

**Schnell-
Besohl- und Reparaturanstalt**
34 ob. Fischergrube 34
neben der „Herberge zur Heimat“
liefert zu auffallend billigen Preisen.
Volle Garantie für Haltbarkeit.
A. Stapelfeldt.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
(E. G. m. b. H.)

Die Genossen werden nochmals darauf auf-
merksam gemacht, alle bis zum 30. Septbr. er.
erhaltenen Dividenden-Marken bis zum
Dienstag den 10. Oktober, abends von 7-8 Uhr,
im Kontor, Fleischerstraße 30, abzuliefern.
Später abgelieferte haben keine Gültigkeit.
Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
Der Vorstand.

**Wilh. Körner's
Restaurant.**
Heute,
Dienstag den 10. Oktober 1905:

Gross. Auspielen
von
fetten Gänsen, Narpfen
und Rauchfleisch.
Anfang 10 Uhr morgens.

Es ladet freundlichst ein
Wilh. Körner, Kupferschmiedestr. 11

**Zentral-Verband
der Handels-, Transport- und
Verkehrsarbeiter Deutschl.**
(Bahnhalle Lübeck.)

Wir machen die Kollegen hiermit
ausdrücklich darauf aufmerksam, daß
in der morgen abend stattfindenden
Versammlung über eine zeitweilige
Erhöhung der Beiträge be-
raten wird. Alle Kollegen müssen
erscheinen.

Der Vorstand.

**Arbeiter-
Turn-Verein
Lübeck.**

General-Versammlung
am Mittwoch, den 12. Oktbr.
abends 8 1/2 Uhr **präzise.**

Tages-Ordnung:
1. Rechnungsvorlage.
2. Wahlen.
3. Berichte.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

**Markt-Tag
Schwartau.
Große Tanz-Musik**

im
Gasthof Transvaal.
Anfang 4 Uhr nachmittags.
Hierzu ladet freundlichst ein
Rob. Pinkert.

**Krempelsdorf.
Zum Ball**

der freiwill. Feuerwehr
am Mittwoch den 11. Oktbr
im Lokale des Gastwirts Howoldt
ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Stadthallen-Theater.
Sente Dienstag
Fra Diavolo.
Komische Oper in 3 Akten von Weber.
Mittwoch: Der Vielgeprüfte.

Besondere Beachtung für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinde“ sowie der mit P. L. bezeichneten Artikel und Stenzen;
Iskara's Stellung. — Besondere Beachtung für die Rubrik „Lübeck und Nachbargemeinde“ sowie die mit P. L. bezeichneten Artikel und Stenzen; Paul Böwig;
Schwarz: Kaiserliche Schwartau. — Deutl von Friedr. Meyer & Co. — Gedruckt in Lübeck.

Ein neuer Jahrgang der „Neuen Zeit“.

Mit dem 1. Oktober d. J. begann der 24. Jahrgang der Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie. In dem Prospekt der Redaktion und des Verlags der „Neuen Zeit“ heißt es unter anderem:

Als Organ des Klassenkampfes dient die „Neue Zeit“ nicht bloß der sozialistischen Theorie, sondern auch der sozialistischen Praxis. Sie stellt ihre Aufgabe auf diesem Gebiete darin, die politische Tagespresse wie die Gewerkschaftspresse zu ergänzen, einzelne Fragen eingehender zu erörtern, sie von anerkannten Fachleuten untersuchen zu lassen und dabei jede einzelne Bewegung und Erscheinung unseres sozialen Lebens, entsetzliche wie aus parlamentarischen, kommunalen, gewerkschaftlichen oder sonst welchem Boden, in ihren großen gesellschaftlichen Zusammenhängen darzustellen.

Eindringlich legen wir eine wichtige Aufgabe unserer Zeitschrift darin, das internationale Bewußtsein zu pflegen, dem deutschen Proletariat durch zusammenfassende Darstellungen der außerdeutschen proletarischen Bewegungen deren Verhältnisse zu vermitteln. Wir können dies um so leichter, da die hervorragendsten Mitglieder der internationalen Sozialdemokratie uns dabei unterstützen.

Unsere Leser finden wir in dem Kreise aller jener Parteigenossen, die Zeit und Gelegenheit haben, sich geistige Anregung von außerhalb des Gebiets der Tages- und Gewerkschaftspresse zu holen, sowie in den Kreisen jener außerhalb des Parteikreises stehenden Arbeiter, welche die weltgeschichtliche Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes und seiner Gedankenwelt begriffen haben und sich zu studieren wünschen.

Der Parteitag zu Jena faßte folgenden Beschluß: Der Parteitag wolle die Parteigenossen ersuchen auf die „Neue Zeit“ hin und verpflichten sie zur energischen Agitation für dieselbe. Zu diesem Zweck sind gründlichen theoretischen Durchbildung der Parteigenossen wird den Parteioptionen empfohlen, für die in der Partei tätigen Genossen und Genossinnen möglichst eine Anzahl Exemplare der „Neuen Zeit“ auszubestellen zu beschaffen.

Der Parteitag zu Jena: Kritische Untersuchungen des Parteiprogramms sind zunächst in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen, die zu diesem Zweck erforderlichenfalls zu erweitern ist.

Der Preis der „Neuen Zeit“ wird trotz dieser Erweiterungen 10 Pf. höher werden.

Es bedarf wohl nur des Hinweises auf diese Beschlüsse, um das Interesse an unserer wissenschaftlichen Wochenchrift in weitere Kreise zu tragen. Da der Verlag bereit ist, Preisermäßigungen für Parteioptionen einzusetzen zu lassen, damit die tätigen Genossen und Genossinnen möglichst billig oder unentgeltlich in den Besitz der „Neuen Zeit“ gelangen, so ist der Weg gegeben, auf dem manches bislang Verstumme zum Nutzen der Partei wieder eingeholt werden kann.

Die „Neue Zeit“ hat seit ihrem Bestehen als eines der vornehmsten Mitgliebes der Partei gewonnen; sie hat zu allen Zeiten die Parteiwaffen geschärft und das Banner des revolutionären Proletariats hochgehalten; wenn ihr auch die Anerkennung in der Form eines starken Abonnentenstandes nicht geworden ist, so konnte sie sich damit trösten, daß der ausgetreute Samen beständig auf die Diskussions innerhalb der proletarischen Gedankenwelt gewirkt hat.

Mit der Ausdehnung unserer Partei haben sich auch die Organisation vervollkommen; die Zahl der in ihnen tätigen Genossen und Genossinnen ist verdunstet worden. Allen diesen wohnt der Wunsch inne, neben der Tageszeitung und dem Gewerkschaftsorgan noch eine Wochenchrift zu lesen,

um sich mit den wissenschaftlichen Grundsätzen der Partei vertraut zu machen.

Die Organisationen haben jetzt Gelegenheit, diesen Wunsch zu befriedigen und der „Neuen Zeit“ eine Auflage zu verschaffen, wie es der Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie würdig ist.

Aus dem Inhalt des ersten Festes heben wir hervor: Regierung und Reichstag. — Der Parteitag von Jena. Von K. Reuß. — Die Legende vom neuen Mittelstand. Von F. van der Goeck. — Die erste Epoche der russischen Revolution. Von A. Martoff. — Die ökonomische Lage der Schauspieler. Von W. B. — Die Reichstagswahl in Offen. Von W. Düvel. — Die Erziehung in der Erziehung. Von O. N. Berg (Kor.). — Die Erziehung in der Erziehung. Von O. N. Berg (Kor.). — Die Erziehung in der Erziehung. Von O. N. Berg (Kor.).

Entwurf eines Organisations-Statuts der Sozialdemokratischen Partei im Gebiete der Provinz Schleswig-Holstein, des Fürstentums Lübeck und des Hamburger Staates.

§ 1. Die Organisationen der 10 schleswig-holsteinischen Wahlkreise des Hamburger Staates und des Fürstentums Lübeck schließen sich zu einer Bezirksorganisation zusammen, deren Aufgabe es ist, die sozialdemokratische Partiarbeit im Gebiete der Provinz Schleswig-Holstein, des Hamburger Staates und des Fürstentums Lübeck wahrzunehmen.

§ 2. Die höchste Instanz dieser Organisation ist der jährlich tagende Provinzialparteitag, dessen Beschlüsse von ihm eingesetzte Agitationskommission nach Maßgabe dieses Organisationsstatuts und eines besonderen Reglements ausführt.

§ 3. Die Agitationskommission hat vor allem folgende Aufgaben:

1. Sie hat Mittel zu sammeln für ein einheitliches, weitverbreitetes Agitationsorgan, zur Unterstützung schwächerer Kreise und zur Verbreitung außergewöhnlicher Ausgaben.
2. Sie ist verpflichtet zur Pflege einer guten Statistik über die Parteiverhältnisse zur Förderung der Agitationsarbeit, zur Verbesserung des Organisationswesens.
3. Sie hat für Durchführung der Parteitagebestimmungen zu sorgen und alljährlich dem Provinzialparteitag einen schriftlichen Rechenschaftsbericht zu unterbreiten über ihre Tätigkeit, die Parteiführung und die Entwicklung der Parteiverhältnisse.
4. Sie ist verpflichtet zur Bildung eines Reservefonds, der nur in außerordentlichen dringenden Fällen angegriffen werden darf und zur Aufstellung eines Stabes.

§ 4. Die Agitationskommission besteht aus einem beauftragten Beamten als Vorsitzenden, einem Vertreter der Redaktion des Parteiorgans, einem Kassierer und zwei Beisitzern.

§ 5. Die sozialdemokratischen Bezirksvereine und wo solche nicht bestehen, die Ortsorganisationen leiten ihre Geschäfte selbständig nach selbstgeschaffenen Statuten, die jedoch weder dem Organisationsstatut der Gesamtpartei, noch dem der Bezirksorganisation widersprechen dürfen.

§ 6. Die im § 4 genannten Organisationen haben auch solche Ortsorganisationen zu bearbeiten, die nicht zu ihrem eigentlichen Agitationsgebiete gehören, aber ihrer geographischen Lage nach

ober aus anderen Gründen von ihnen am besten bearbeitet werden können.

§ 7. Grundsätzlich ist überall der sich über den ganzen Wahlkreis erstreckende Zentralverein zu erstreben, der in den einzelnen Orten Ortsvereine bildet. Mehrere selbständige Parteivereine an einem Orte, der nicht zu mehreren Wahlkreisen gehört, haben keine Erstanzsprache.

§ 8. Die Organisationen sind verpflichtet zur Erhebung eines Mindestbeitrages von 30 Pf. monatlich. Von diesen Einnahmen ist ein jährlich vom Parteitag zu bestimmender Prozentsatz an die Agitationskommission abzuführen.

§ 9. Die Vorstände der Organisationen haben die ihnen übergebenen statistischen Fragebogen sorgfältig anzufüllen und bis spätestens Ende Juli der Agitationskommission zu übersenden.

§ 10. Die Kassabücher sind nach einheitlichem, von der Agitationskommission geliefertem Schema zu führen und ist als Geschäftsjahr der Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juni des folgenden Jahres anzunehmen.

§ 11. Die von der Agitationskommission auf Grund von Parteitagebeschlüssen oder mit den Vorständen vereinbarten allgemeinen Agitationen sind nach besten Kräften zu unterstützen und auszuführen.

§ 12. Finanzsachen von der Agitationskommission abhängige Wahlkreise sind verpflichtet, ihren Agitationsplan der Agitationskommission zu unterbreiten und regelmäßig Nachweise über die Verwendung der Gelder einzuführen.

§ 13. Die Agitationskommission trägt die Kosten: a) für Versammlungskosten, die von der Kommission veranstaltet sind und sich über mehrere Kreise erstrecken; b) für Flugblätter und Broschüren, die für den ganzen Agitationsbezirk bestimmt sind; c) für Postkosten, soweit die Wahlkreise nicht imstande sind, die Kosten selbst zu decken. Die zahlungsfähigen Kreise tragen den Selbstkostenpreis der von ihnen bezogenen Kalender; d) für Agitationen in solchen Wahlkreisen, deren Mittel nachweislich hierzu nicht ausreichen; e) für den Provinzialparteitag. Für Delegationskosten zu diesem jedoch nur bei Delegierten der finanziell abhängigen Wahlkreise.

§ 14. Der Provinzialparteitag findet alljährlich im September oder Oktober statt. Die Einberufung geschieht durch die Agitationskommission und muß spätestens 6 Wochen vor dem Tagungstermin unter Angabe der provisorischen Tagesordnung durch die in der Provinz erscheinenden Parteizustellungen erfolgen.

Anteile der Parteigenossen für den Parteitag sind bis spätestens 3 Wochen vor seiner Abhaltung bei der Agitationskommission einzureichen und von dieser innerhalb weiterer 5 Tage in der Parteipresse zu veröffentlichen.

§ 15. Der Provinzialparteitag setzt sich zusammen: a) aus den gewählten Delegierten der zur Bezirksorganisation gehörigen Organisationen; b) aus den Mitgliedsleuten der Agitationskommission und der Bezirkskommission; c) aus den Vertretern der im Agitationsgebiete erscheinenden Parteiorgane; d) aus den Vertretern der Presse im Reichstage oder preussischen Landtage, sowie der für solche Mandate nominierten Kandidaten.

Die Wahlen der Delegierten erfolgen nach

Gold!

Ein kalifornisches Lebensbild. Von Friedrich Geylader.

(45. Fortsetzung.)

„Verbleien! Wer soll's verbleien?“ erwiderte der Sheriff — „und glaubt Ihr, daß sich Leute dazu finden würden — einzelne Leute, die dieser Horde offen entgegenreten? Es viele ihnen nicht ein. Aber jede Stadt hat das Recht, für sich selber zu sorgen, die sie für ihre Wohlfahrt gut und nützlich hält, und wenn die Bürger gemeinlich ein solches einmal beschließen haben, dann können sie es auch leicht durchzuführen. So haben sie es im vorigen Monat am Rich gulch, soweit von Meccalome, ebenfalls gemacht und die ganze Spielwiese mit Stauraum und Stiel aus ihren Diggings hinausgeragt, und so sollen wir es hier ebenfalls machen.“

„Heda, Alcalde, was habt Ihr hier für ein Stück herein-schaffen lassen?“ riefen andere Goldwäscher jetzt, die ebenfalls ins Bett traten, um Plätze registriert zu bekommen. „Was solls mit dem toten Indianer, wollt Ihr ihn auskopfen lassen?“

„Ihr seht, Sheriff, daß ich jetzt keine Zeit habe, mich mit der fatalen Geschichte einzulassen,“ sagte da der Richter, der sich schon lange von seiner ersten unangenehmen Ueber-raschung erholt hatte — „mit mir deshalb den Gefallen und sagt dem Wäscher, er solle morgen oder übermorgen wiederkommen, und ich will dann sehen, was sich für ihn tun läßt. Wenn wir ihm ein paar Dollar oder ein paar Pfund Zwiebel für die Verwandten des Kadavers da geben, denke ich, wird es schon zufrieden sein.“

Die Worte waren mit unterdrückter Stimme, und nur für den Sheriff bestimmt, gesprochen; dennoch hatte sie das gewisse Ohr des Eingekerkerten verstanden, und er erwiderte flüsternd:

„Gold? — Glaubt Ihr, daß wir uns das Blut unserer Kinder und Eltern mit Gold abwaschen können, weil Euch um das „gelbe Metall“ Alles feil ist auf der Erde? — Ich will das Blut des Mörder, und ich fordere es von Dir, Alcalde, im Namen dieses Toten!“

„Blut — Urfinn,“ sagte der Alcalde, „wie sollen wohl eines Bürger der Vereinigten Staaten einer Rothhaut wegen hängen? Und kann ich noch gar nicht einmal beweisen, daß er der Täter gewesen ist. Bringt mir Beugen — aber welche Männer, keine Nulken — die die Sache gesehen haben, und wir wollen alles genau untersuchen; eher lasse ich mich auf nichts ein.“

„Weiße Männer?“ rief der Häuptling rasch und heftig — „braucht ich Dir noch einmal zu sagen, daß jener Schurke der einzige weiße Mann im Lager war? Du weißt es ohne dies — hier ist die Wunde, in die er seinen Stock gestossen — miß die Beute seines Messers, um die Zwanzig von unserem Stompe zu Beugen auf, die bei der Tat gegenwärtig waren, und jedes Gericht von Männern muß ihn verdammen.“

„Dein ganzer Stamm geht mich nichts an,“ sagte der Alcalde ärgerlich — „schaff mir die Beute wieder aus dem Bett. Ich begreife nicht, Sheriff, daß Ihr so etwas dulden könnt.“

„Das Gesetz sagt in Section XII“ erwiderte hierauf der Sheriff: „In allen Fällen zwischen Weißen und Indianern können beide Parteien eine Jury beanspruchen.“

„Das Gesetz sagt aber auch,“ rief jetzt der Richter auf ärgerliche Eröf, „daß es bei einer Klage eines Indianers gegen einen Weißen der Disziplin des Richters überlassen bleibt. Lehrt Ihr mich die Gesetze kennen?“

„Oder der Jury!“ unterbrach ihn der Sheriff flüsternd, „aber der Schluß sagt: nachdem sie die Klage eines Indianers angehört haben.“

„Und ich habe die Klage des Indianers gehört“, sagte aber jetzt der Major, mit einem vor Wut förmlich ungeschwollenen Gesicht. „Meiner Disziplin bleibt es also überlassen, und meine Disziplin sagt mir, daß ich keine Jury in dem Falle brauche und gar nicht daran denke, heute einen tollkühnen Burischen zu verhaften, die mir morgen vielleicht selber eine Kugel vor den Kopf schießen. So, Sheriff — wenn Ihr einmal Alcalde seid, dann könnt Ihr um, was Euch Eure Disziplin sagt, jetzt aber bedenkere ich Euch im Namen des Gesetzes, den Indianer und seinen Kadaver in kürzester Zeit aus diesem Zelte zu schaffen, in dem ich amtlich beschäftigt bin. Habt Ihr mich verstanden?“

„Ja wohl, Major“, sagte der Sheriff ruhig — „nur was die amtliche Befähigung betrifft, habe ich meine Zweifel, und ich denke, die Burischen werden die teilen, wenn sie erst einmal fünfzehn Fuß in den harten Boden hineingehakt haben.“

„Was wollt Ihr damit sagen?“ fuhr der Richter, der sich schon wieder zu seinem Buche gesetzt hatte, rasch nach ihm herum.

„Daß mich die Sache weiter nichts angeht“, meinte der Sheriff trocken. „Nun, Major, ich will Dir sagen, wie Du Dich mit Deiner Klage an die County Court wenden kannst. Die wird dann untersuchen, ob unser Alcalde hier nach seiner Disziplin richtig oder falsch geurteilt hat.“

Der Alcalde wollte sich heftig nach seinem meuterischen Sheriff umdrehen, dieser verließ aber, ohne selbst auf den Ruf seines Vorgesetzten zu achten, rasch das Zelt und drehte nicht einmal den Kopf nach ihm herum.

„Es ist gut“, murmelte da der junge Häuptling zwischen den Zähnen durch, indem er sich zu der Beute des alten Indianers niederbog und sie leicht in seinen Armen emporhob. „Sie wollen dem Blute des roten Mannes nicht glauben; ich werde dafür sorgen, daß sie einen eben solchen Beugen in ihrer Farbe bekommen.“

